

### Polen, Deutschland, die EU und Russland

Wilkiewicz, Zbigniew

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilkiewicz, Z. (2009). Polen, Deutschland, die EU und Russland. *Aktuelle Ostinformationen*, 41(1/2), 2-19. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323818>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz*

### **Polen, Deutschland, die EU und Russland**

#### **Einleitung**

Besonders seit dem EU-Beitritt Polens ist es um die deutsch-polnischen Beziehungen nicht besonders gut bestellt. In den vergangenen Jahren hat man sich in erster Linie an bilateralen Konflikten abgearbeitet und keine gemeinsame Europapolitik betrieben. Die immer wieder aufbrechenden bilateralen Konflikte wurden durch unterschiedliche Positionen innerhalb der EU und durch eine stark divergierende Außenpolitik beider Staaten gegenüber Russland und den USA potenziert. Sicherlich hat dazu einerseits die übertriebene Berichtserstattung in den (polnischen) Medien sowie der EU- und deutschlandkritische Kurs der ehemaligen polnischen Regierung beigetragen, andererseits aber auch das Desinteresse und der Mangel an einer aktiven Polenpolitik Deutschlands, der sich bereits unter Gerhard Schröder abzeichnete und von der Regierung Merkel weitgehend fortgesetzt wurde. Dies hat sich seit dem Amtsantritt von Donald Tusk etwas verändert, so dass man zukünftig wieder eine Intensivierung der Beziehungen und ein stärkeres Miteinander erwarten darf.

Wie stark die Interessen beider Staaten allerdings weiterhin divergieren, wird außenpolitisch an ihrem Verhältnis zu Russland und den USA deutlich, wobei energie- und sicherheitspolitische Probleme im Vordergrund eines kontrovers geführten Diskurses stehen.

Im vorliegenden Beitrag wird diese Entwicklung rekonstruiert und danach gefragt, ob es angesichts einer solchen Entwicklung Aussichten auf die Wiederherstellung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft gibt oder die Interessen beider Staaten so stark divergieren, dass nicht mehr daran zu denken ist.

#### **Deutsch-polnische Asymmetrien**

Die deutsch-polnische Asymmetrien ergeben sich aus einem seit Jahrhunderten bestehenden zivilisatorischen Ost-West-Gefälle, der jahrzehntelangen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einbindung in gegensätzliche Wirtschafts- und Machtsysteme sowie den daraus resultierenden sehr unterschiedlichen Wirtschaftspotentialen beider Staaten. Nach dem Umbruchjahr 1989 kam sicherlich ein neuer wichtiger Faktor hinzu: die Asymmetrie der Interessen. Für Deutschland war Polen lange nicht so wichtig wie umgekehrt Deutschland für Polen. Immerhin betrachtete Warschau in den 1990er Jahren Deutschland als Schlüsselpartner. Das Hauptproblem der aktuellen bilateralen Beziehungen liegt deshalb durchaus nicht in der von den Vertretern der polnischen Rechten penetrant postulierten Möglichkeit eines deutschen Drangs nach Osten, sondern im Gegenteil, im fehlenden Interesse Deutschlands an seinem östlichen Nachbarn.<sup>1</sup>

Nach der Wende und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verfolgten beide Staaten ähnliche außenpolitische Konzeptionen, die auf die gemeinsame Zukunft in der EU

---

<sup>1</sup> Adam Holesch: *Verpasster Neuanfang? Deutschland, Polen und die EU*. Bonn 2007, S. 29-30

orientiert waren. Das Konzept einer Werte- und Interessengemeinschaft sowie das Instrument des trilateralen Weimarer Dreiecks wurden entwickelt. Allerdings blieben weiterhin ungelöste Probleme, die die gegenseitigen Beziehungen immer wieder eintrübten, bestehen: Die historische Dimension mit ungeklärten Entschädigungsforderungen, die man in den Verträgen aus den Jahren 1990 und 1991 ausgeklammert hatte sowie die oben erwähnte erhebliche Asymmetrie der Beziehungen, bei der Polen für Deutschland in der Tat nur eine zweitrangige Rolle spielte.

Unabhängig davon ist die Anwaltsrolle Deutschlands bei der EU-Integration Polens unbestritten, und auch im Hinblick auf die Aussöhnung beider Völker wurden auf beiden Seiten große Fortschritte gemacht.

Gegen Ende der 1990er Jahre kam es freilich zu einem spürbaren Rückgang der beiderseitigen Initiativen. Es gelang nicht, einen Übergang von dem bis dahin dominanten Thema der Versöhnung zu anderen, für beide Seiten relevanten Inhalten zu schaffen. Beide Staatsführungen begannen sich voneinander zu entfremden, nicht zuletzt deshalb, weil die neue deutsche rot-grüne Regierung die „historische Sonderrolle“ der deutsch-polnischen Beziehungen nicht mehr akzeptierte und den Übergang zur „Normalität“ postulierte. Angesichts der in beiden Ländern neu diskutierten Vertriebenen- und Entschädigungsproblematik meldete sich die Geschichte wieder mit Macht zurück.

Allgemein konstatierte man ein Klima des gegenseitigen Misstrauens. Selbst nach der Abwahl der nationalkonservativen *Kaczyński*-Regierung im September 2007 gibt es weiterhin einen scharf geführten innerpolnischen politischen und historischen Diskurs über „deutschfreundliche“ Tendenzen bei einigen politisch agierenden Vertretern der Zunft, die regelmäßig Eingang in die öffentliche Debatte finden.<sup>2</sup>

Das deutsche Interesse an der Unterstützung Polens beim EU-Beitritt ergab sich in der Ära *Kohl* aus der Verknüpfung des historisch-moralischen Arguments (Zweiter Weltkrieg und deutsche Verbrechen in Polen) mit dem strategisch-politischen Argument (Deutschland als künftige Zentralmacht). Darüber hinaus wurde dieser Prozess durch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands (Absatzmärkte und Wirtschaftsverflechtung) dynamisiert. Deshalb zeigte Deutschland als mächtigster EU-Staat das stärkste Interesse an der Osterweiterung der EU.<sup>3</sup>

Nach dem rot-grünen Regierungswechsel in Deutschland wurde die von *Helmut Kohl* geprägte Rolle eines Anwalts Polens allerdings seltener wahrgenommen, zuletzt auf den EU-Gipfeln in Nizza (2000) und in Kopenhagen (2002). Mit der Betonung der „deutschen Interessen“ war es zu einer deutlichen Akzentverschiebung gekommen und das deutsch-polnische Verhältnis verschlechterte sich direkt nach der Kopenhagener Zusage. Weitere Stationen waren die unterschiedlichen Positionen im Irakkrieg und hinsichtlich der Inhalte eines europäischen Verfassungsentwurfs. Einerseits hatten wir es mit einem neuen polnischen Selbstvertrauen zu tun, andererseits mit einer bevormundenden Haltung Deutschlands, das von Polen ganz offensichtlich Dankbarkeit

<sup>2</sup> Konrad Schuller: Unschuldiger Stalin? Polens Historiker streiten wieder über die Vertreibung der Deutschen. In: FAZ, 17. 5. 2008, S. 12; Krzysztof Ruchniewicz: Geschichtsstunde. Der Zweite Weltkrieg in polnischen Schulbüchern. In: *osteuropa* 6 (2008), S. 285-308, S. 289

<sup>3</sup> Holesch, S. 131

erwartete. Im Unterschied dazu strebte Polen direkt nach der Zusage des EU-Beitritts nach „neuen Landschaften hinter dem Horizont“<sup>4</sup>. Den polnischen politischen Eliten war dabei durchaus bewusst, dass die Anwaltsrolle Deutschlands gegenüber Polen sich nicht (nur) aus der historischen Verpflichtung Polen gegenüber ergab, sondern auch existenziellen deutschen Eigeninteressen diene. Vielleicht mangelte es auf beiden Seiten in diesem Zusammenhang an Realismus: Nicht nur die polnischen Großmachtträume im Schatten des Irak-Kriegs, auch die deutsche Hoffnung, nach dem EU-Beitritt einen quasi abhängigen Partner an sich binden zu können, erwiesen sich von vorneherein zum Scheitern verurteilt.<sup>5</sup>

Zur Verschärfung der Bipolarität kam es durch den Machtantritt der nationalkonservativen Regierung unter den *Kaczyńskis*, die eine ausgesprochen antideutsche Außenpolitik zu führen versuchten.<sup>6</sup> Trotzdem mangelt(e) es durchaus nicht an Ansätzen, an die Erfolge der deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft anzuknüpfen, die die Politik der im Jahre 2007 abgewählten *Kaczyński*-Regierung konterkarier(t)en. In diesem Sinn sprach sich zum Beispiel der ehemalige polnische Außenminister und EU-Abgeordnete *Bronisław Geremek* aus, wenn er in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Gründung des ersten Dachverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaften feststellte: „In der Politik spielen Interessen die Hauptrolle. Aber Zusammenarbeit, Freundschaft und Brüderlichkeit haben ihre Bedeutung. Man kann auch sagen, positive Emotionen seien den Interessen förderlich. Ich wünsche mir, dass zwischen Polen und Deutschen nicht nur ein Gefühl der Interessengemeinschaft existiert, sondern auch eine emotionale Bindung, die unser Vertrauen zueinander ausdrückt. Wenn wir Vertrauen haben, werden wir alle Herausforderungen der Zukunft bewältigen.“<sup>7</sup> Für die „Intensität“ und „Qualität“ der deutsch-polnischen Beziehungen spricht allerdings die bemerkenswerte Tatsache, dass es ausgerechnet der seit 15 Jahren in Polen lebende und dort sehr beliebte Kabarettist *Steffen Möller* ist, der sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite als „Deutschlands bester Botschafter“ bezeichnet wird. Dazu beigetragen hat neben seinen Auftritten in polnischer Sprache sicherlich auch sein Buch „Viva Polonia“, das mit hartleibigen deutschen Vorurteilen aufräumt und sich 2008 recht lange auf führenden Rängen der deutschen Bestsellerlisten halten konnte.<sup>8</sup> Für eine Fortsetzung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft – trotz aller damit verbundener Probleme – setzt sich immer wieder der namhafte polnische Publizist *Adam Krzemiński* ein, zuletzt in einem im Juli 2008 erschienenen Essay, das dem im Sommer 2008 tödlich verunglückten *Bronisław Geremek* gewidmet ist, und in dem der Autor die deutsch-polnischen Beziehungen zum Testfall für ganz Europa erhebt.<sup>9</sup>

<sup>4</sup> Cimoszewicz, Włodzimierz: *Krajobraz za horyzontem. Polityka zagraniczna RP po wejściu do Unii Europejskiej*. In: *Sprawy Międzynarodowe* 2 (2004)

<sup>5</sup> Holesch, S. 132

<sup>6</sup> Zbigniew Wilkiewicz: *Polen nach den Wahlen des Jahres 2005*. In: *aktuelle ostinformationen*, 1-2 (2006), S. 4-20, S. 17-19.

<sup>7</sup> Bronisław Geremek: *Die deutsch-polnische Versöhnung stärkt die europäische Gemeinschaft*. In: *Dialog*, 77-78 (2007), S. 89-91

<sup>8</sup> *Ihr, das kleine Übel*. Der Kabarettist Steffen Möller ist in Polen einer der bekanntesten Deutschen. Nun verrät er seinen Landsleuten, wie man die Nachbarn im Osten erobern kann. In: *Die Zeit*, 15. 03. 2008, S. 7

<sup>9</sup> Adam Krzemiński: *Testfall für Europa. Deutsch-polnische Nachbarschaft muss gelingen*. Hamburg 2008, S.99-105

## Streit um den EU-Vertrag und Provinzialität der deutsch-polnischen Beziehungen:

Als noch amtierender Ministerpräsident wiederholte *Jarosław Kaczyński* unmittelbar vor dem Brüsseler Gipfel im Juni 2007 seine Veto-Drohung, indem er hervorhob, dass noch einmal über die Stimmengewichtung für die einzelnen EU-Staaten im Europäischen Rat verhandelt werden müsse. Verlangt wurde eine Aufwertung des polnischen Stimmengewichts. Polen lehnte die im Verfassungsentwurf auch von Warschau akzeptierte „Doppelte Mehrheit“ nunmehr wieder ab. Diese sieht vor, dass Beschlüsse im EU-Ministerrat von mindestens 55 Prozent der Staaten mit 65 Prozent der Bevölkerung getroffen werden. Diese Haltung der polnischen Führung kommentierte die Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, *Gesine Schwan*, wie folgt: „Die Ursache dafür ist keine generelle Deutschland-Gegnerschaft, sondern ein Politikverständnis, das auf Macht und Gegenmacht ausgelegt ist.“ Eine andere Auffassung vertrat der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments (EP) *Klaus Hänsch*, als er hervorhob, dass es im Kontext mit dem von Polen geforderten Quadratwurzelverfahren darum gehe, wie sich Deutschland gegenüber Polen und Polen gegenüber Deutschland verhalte. *Hans-Gert Pötering*, Präsident des EP unterstrich indessen, dass Zahlen eventuell verhandelbar seien und dass die polnische Regierung erkennen sollte, dass in Europa Kompromisse notwendig seien.<sup>10</sup>

Der bekannte Politologe und politische Kommentator des „Tygodnik Powszechny“, *Marek A. Cichocki*, apostrophierte die deutsch-polnischen Beziehungen im März 2008 vor dem Hintergrund einer nicht abgestimmten Europapolitik als provinziell.<sup>11</sup>

Man habe sich inzwischen von Vorstellungen, die vor dem EU-Beitritt Polens immer wieder postuliert wurden, weit entfernt: Die Losung, dass der Weg Polens über Deutschland in die EU führe, spiele keine Rolle mehr; ebenso wenig die Vorstellung, dass es besondere, exklusive Beziehungen im sog. „Weimarer Dreieck“ zwischen Deutschland, Polen und Frankreich geben sollte. Seit dem EU-Beitritt habe Polen nur selten den Versuch unternommen, die Beziehungen zu Berlin auf die europäische Ebene zu heben: Im Jahre 2006 geschah dies hinsichtlich der immer wieder virulenten Problematik einer gemeinsamen Energiepolitik und im Zusammenhang mit dem polnischen Veto zu einem neuen Kooperationsvertrag zwischen der EU und Russland, und 2007 im Zusammenhang mit der kontrovers geführten Diskussion um den EU-Vertrag. Obschon es in keinem dieser Fälle an ehrgeizigen Plänen mangelte und es auch gewisse Erfolgsaussichten gab, kam man – so *Cichocki* – zu keiner Lösung. Eine gemeinsame Energiepolitik der EU sei noch immer eine Fiktion und werde durch bilaterale Abkommen Russlands mit einzelnen EU-Staaten unterhöhlt. Der Vertrag von Lissabon definiere die neue politische Ordnung der EU weit unterhalb der anfänglichen Vorstellungen des polnischen Standpunkts. Und über sein Vorhaben, das Embargo gegen polnische Produkte aufzuheben, informiere Präsident *Putin* zunächst *Angela Merkel* – und dann erst *Donald Tusk*.

<sup>10</sup> [http://www.focus.de/politik/ausland/eu-streit\\_aid-64002.html](http://www.focus.de/politik/ausland/eu-streit_aid-64002.html), 21. 06. 2007.

<sup>11</sup> Marek A. Cichocki: Zakłady krąg prowincjonalności. In: Tygodnik Powszechny, 02. 03. 2008, S. 28.

Die Außenpolitik Polens gegenüber Deutschland zeichne sich auch im Jahre 2008 durch die Behandlung bilateraler Probleme aus und verfüge deshalb über keine weiter reichende EU-Perspektive. Schwerpunkte der deutsch-polnischen Konsultationen seien die Frage des in Berlin geplanten Zentrums gegen Vertreibungen, die finanzielle Unterstützung Deutschlands für ein neues Museum auf der Westerplatte und eines Polnischen Museums der „Solidarność“ in Berlin sowie das deutsch-polnische Projekt eines gemeinsamen Unterrichtswerks für Geschichte.

Die Ursachen dafür, dass sich keine Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen eingestellt habe, erblickt *Cichocki* darin, dass es nicht zur Verwirklichung der sog. Idee der „großen Sechs“ kam und sich das Konzept verändernder Bündnisse innerhalb der EU durchzusetzen begann. Hierfür gibt es zahlreiche Ursachen, allerdings lassen sich für Polen und Deutschland wohl zwei Hauptursachen benennen. Die deutsche Politik habe die von der polnischen Führung favorisierte Konzeption der „großen Sechs“, zu den neben den großen Vier (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien) auch Spanien und Polen gehören sollten, niemals akzeptiert. Es sei kein Zufall, dass sich Polen und Deutschland in den beiden wichtigen Fragestellungen der Energiepolitik und des Verfassungsvertrags auf den gegenüberliegenden Seiten der Barrikade befanden. Und es sei auch kein Zufall, dass die vor Jahren von Richard von Weizsäcker lancierte Idee, Polen in den Rahmen der politischen Zusammenarbeit von Deutschland, Frankreich und Großbritannien einzubinden, in der deutschen öffentlichen Debatte niemals ernsthaft aufgegriffen wurde.

Die Ursachen für diese Sachlage liegen auch auf polnischer Seite, denn das Fiasko einer geplanten Koalition zwischen PIS und der PO aus dem Jahre 2005 beeinflusste die polnische Europapolitik und somit auch die Chancen für eine Politik der „großen Sechs“. Die plötzliche Absage eines EU-Gipfels mit den wichtigsten Vertretern der europäischen Außenpolitik, die gerade dabei waren, ihre Flugzeuge nach Warschau zu besteigen, hat sicherlich auch nicht vertrauensbildend gewirkt. Aber auch die Frage einer gemeinsamen Energiepolitik, der Vetos gegen Russland und gegen den Verfassungsvertrag (und später gegen den Vertrag von Lissabon) lieferten den Hauptakteuren der europäischen Politik einige Beispiele dafür, dass Polen auf realpolitischer Ebene sowie hinsichtlich seiner personalen und institutionellen Möglichkeiten kein Erstligaakteur ist.

Es gebe noch einen Grund dafür, dass die Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen zu einem Fiasko geriet. Sie habe nicht direkt mit den Politiken beider Länder zu tun, sondern resultiere aus den sich aktuell vollziehenden Veränderungen innerhalb der EU. Die Idee der „großen Sechs“ werde in Frage gestellt und eine andere Kräftekonstellation rücke in den Vordergrund: das aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien bestehende „Triumvirat“. Die Art und Weise, wie das Kosovo-Problem gelöst wurde, zeige, dass solch ein „Triumvirat“ bereits funktioniert. Der Vertrag von Lissabon werde – so die Einschätzung *Cichockis* – diesen Zustand verfestigen, indem er den größten EU-Staaten ein politisches Übergewicht verleihe. Das Entstehen des „Triumvirats“ könnte bedeuten, dass die EU mit einem grundlegenden Problem fertig werde, das seit ihrem Bestehen existiert: dem Fehlen des politischen Zusammenhalts und der politischen Führung innerhalb der EU. So betrachtet sei das Problem des



politischen Zusammenhalts nach der EU-Erweiterung von 2004 eine zweitrangige Angelegenheit und die Idee der „großen Sechs“ eine wenig realistische Option.

Dies habe allerdings einen entsprechenden Einfluss auf die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen. Sie bleiben aufgrund des politischen mainstream, der durch Paris, London und Berlin führt, weiterhin zweitrangig. Das „Triumvirat“ führe wahrscheinlich auch zu einer regionalen und interessengeleiteten Arbeitsteilung unter den Hauptakteuren, wobei die Institutionen der EU nur noch die formale Einheit des ganzen Systems garantieren werden.

Sollte die EU diesen Weg beschreiten, was heute ein wahrscheinliches Szenario darstelle, so werden die deutsch-polnischen Beziehungen zu einem Element dieser neuen „Arbeitsteilung“. Womöglich bilde sich eine neue Beziehungshierarchie in der Art eines „Post-Mitteuropa“ mit Deutschland als natürlicher Führungsmacht heraus, das auf gesamteuropäischer Ebene im Rahmen des „Triumvirats“ für die politischen Entscheidungen sowie ihre finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen verantwortlich sein werde.

### Polen in der EU isoliert<sup>12</sup>

Nach Ansicht des renommierten Politologen und Europa-Experten *Aleksander Smolar* hat nach dem Vertrag von Maastricht der Glaube an den Aufbau eines föderalen Europa recht bald abgenommen. Die Erweiterung um die Länder Ostmitteleuropas – mit ihrer Andersartigkeit und ihrem niedrigeren Entwicklungsniveau – habe dazu beigetragen, dass diese Idee zu Grabe getragen wurde. Ohne föderale Perspektive lasse sich aber nicht mehr rechtfertigen, warum das doppelt so große Deutschland praktisch die gleiche Stimmenzahl haben sollte, wie Polen oder Spanien: *„Unsere Politiker forderten die Respektierung der föderalen Logik der Stimmenverteilung und bekämpften gleichzeitig jedwede föderale Tendenzen! Diese Logik hatte die komplette Isolation Polens, das zunächst für Nizza und später für die „Quadratwurzel“ kämpfte, zur Folge.“*<sup>13</sup>

*Marek Cichocki* betont seinerseits, dass der Föderalismus-Gedanke gegenwärtig ganz aus der Mode sei; man spreche von Europa als einem Imperium, als einem polyzentrischen System, einem Netz. Man suche nach einer neuen Sprachregelung, denn die Situation sei neu. Es wird die Frage gestellt, wie man für dieses immer heterogenere System eine Formel der politischen Machtverteilung finden könne und welcher Mechanismus der Entscheidungsfindung am geeignetsten sei.

*Smolar* erinnert auch daran, dass nur die polnischen und spanischen Politiker den Vertrag von Nizza begrüßten, während der Gipfel woanders als Misserfolg gewertet wurde. Die polnischen Politiker verabsolutierten die Stimmengewichtung im Rat und ließen die spezifische politische Kultur der EU unbeachtet. In der EU stimme man nur selten ab, vielmehr suche man nach einer Verständigung, nach einem Konsens zwischen Ländern mit verschiedenen Interessen. Die polnischen Politiker seien in den Jahren 2005 bis 2007 in Brüssel eher durch einen konfrontativen Stil und die Zahl angedrohter Vetos als durch konstruktive Vorschläge aufgefallen. Eine wichtige Rolle spiele hingegen die

<sup>12</sup> Jakiej Unii Polacy potrzebują. Z Markiem Cichockim i Aleksandrem Smolarem rozmawia Roman Graczyk. In: TP, 18. 05. 2008, S. 18-20

<sup>13</sup> ebenda

Fähigkeit zu überzeugen und Koalitionen einzugehen. Denn auch das Land mit der höchsten Stimmenzahl sei nicht in der Lage, einen Beschluss alleine durchzusetzen, es bedürfe der Unterstützung anderer Länder. Für Polen komme noch ein anderes Moment hinzu, denn die polnischen politischen Protagonisten sehen die EU als Ort der dauernden Auseinandersetzung der Nationalstaaten. Man postuliere eine permanente äußere Bedrohung seitens Russlands und eine innere Bedrohung durch Deutschland, dem man unterstelle, dass es die EU dominieren wolle. Selbstkritisch kommt *Smolar* zu folgendem Resümee:

*„Unsere Position in der EU, das Vorrücken zu zentralen Positionen wird von der Geschwindigkeit der Modernisierung, der Entwicklung des Landes, von unserer Kreativität abhängen: der Fähigkeit, Vorschläge für andere zu formulieren, der Intensität unseres Anteils an den europäischen Debatten und unserer Fähigkeit, Koalitionen einzugehen. Dies sind die Antworten auf die historischen Probleme der Randständigkeit. (...) Die Selbstisolierung, die wir zwischen 2005 und 2007 erfahren haben, diente der Verstärkung unserer Randständigkeit – und nicht ihrer Überwindung.“<sup>14</sup>*

### Polnische Debatte um den Reformvertrag von Lissabon

Die EU-Kommissarin *Danuta Huebner* hoffte noch im Oktober 2007, dass Polen unter denjenigen Staaten sein werde, die den Reformvertrag der EU möglichst früh unterzeichnen. Optimistisch hob *Huebner* hervor, dass durch die Reform der erweiterten Union und durch den in Lissabon vereinbarten Vertrag die EU nach sechs Jahren einen schwierigen Diskussionsprozess beendet habe, der einem normalen EU-Bürger kaum vermittelt werden konnte.<sup>15</sup>

Der Inhalt des Vertrags, der die verhinderte EU-Verfassung ersetzen soll, wurde bekanntlich auf dem Gipfel von Lissabon verhandelt, wobei Polen sich darum bemühte, dass der so genannte „Mechanismus von Joanina“ Eingang in den Vertrag finden sollte. Dabei handelt es sich um ein System, das die Annahme von Entscheidungen des EU-Rates verzögern kann. Als dies nach zähen Verhandlungen akzeptiert wurde, bezeichnete *Lech Kaczyński* den Gipfel als großartigen Erfolg. In seiner Freitagsansprache hob der damals noch amtierende Ministerpräsident *Jarosław Kaczyński* hervor, dass Polen aufgrund des Vertrags zu den sechs mächtigsten Staaten der EU gehören werde.

Nach Auffassung zahlreicher (polnischer) Publizisten war der „Kampf um Joanina“ allerdings von untergeordneter Bedeutung. Es wurde argumentiert, dass Deutschland aufgrund seiner schieren Größe den Blockademechanismus besser ausnützen könne als Polen, das, um für es ungünstige Regelungen zu verhindern, Koalitionen innerhalb der EU schmieden müsste, was ihm aber bisher kaum gelungen sei. In „Europolitique“ wurde die Joanina-Debatte wie folgt kommentiert: „Polen will etwas mehr Gleichheit im Verhältnis zu seinem historischen Rivalen Deutschland erlangen. Das Problem besteht jedoch darin, dass das System auf Mathematik beruht und somit von allen

<sup>14</sup> ibd

<sup>15</sup> Huebner: Ratyfikujmy szybko traktat z Lizbony. In: <http://news.money.pl/artykul/huebner>; 21. 10. 2007



Mitgliedstaaten genutzt werden kann.“<sup>16</sup> Der Vertrag wurde am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet, nach der Ratifizierung in allen Mitgliedsstaaten sollte er am 1. Januar 2009 ins Leben treten.

In Polen verzögert sich die Ratifikation des europäischen Reformvertrags von Lissabon allerdings erheblich. Widerstand gegen die Unterzeichnung des Vertrags in der bisherigen Form meldete die Partei des Ex-Premiers Jarosław Kaczyński, PIS, an. Der Vorsitzende der PIS zeigte sich im Hinblick auf die Souveränität Polens besorgt. Auf diesem Hintergrund gab und gibt es heftige Auseinandersetzungen mit dem seit Oktober 2007 regierenden Ministerpräsidenten *Tusk* und der Regierungspartei PO.<sup>17</sup>

Das Problem hat nach Auffassung von *Roman Graczyk* aber weniger mit dem Mechanismus von *Joanina* zu tun, sondern ergebe sich aus der Tatsache, dass die *Kaczyński*-Brüder entschiedene Gegner einer Vertiefung der EU seien. Die Erfolglosigkeit der EU-Politik Polens bestehe deshalb darin, dass man in der Schwäche der EU die Stärke Polens erblicke. Die Chance Polens, die EU-Mitgliedschaft kreativ zu nutzen, bestehe aber umgekehrt darin, die Mitverantwortung für das gemeinsame europäische Schicksal zu übernehmen und keineswegs darin, das „trotzige Kleinkind im Sandkasten“ zu mimen: *„Die dauernde Wiederholung, dass wir Geld und andere Zeichen der Solidarität wünschen, aber die in der EU verpflichtenden Regeln nicht akzeptieren, beschädigt unser Prestige und bindet uns bei Verhandlungen die Hände. Der Ex-Premier und der amtierende Präsident scheinen dies nicht zu verstehen. Für sie ist der polnische Patriotismus mit Vasallentum gegenüber den USA vereinbar, aber nicht mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Union.“*<sup>18</sup>

In der Tat konnten sich die nationalkonservative Opposition und die liberalkonservative Regierung bisher nicht auf ein Gesetz über die Zusammenarbeit der staatlichen Organe in der Europapolitik einigen. Ein solches Gesetz machte der Präsident *Lech Kaczyński* aber zur Bedingung für seine Unterschrift unter die vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Ratifikation des Vertrags von Lissabon. Der Präsident verlangt Garantien dafür, dass einige Regelungen des Vertrags, die aus seiner Sicht für Polen besonders wichtig sind (*Joanina*-Formel, Geltungsbereich der Europäischen Menschenrechtscharta für Polen) nicht ohne weiteres aufgegeben werden können. Deshalb soll das Kompetenzgesetz, das die Zusammenarbeit der Regierung, des Parlaments und des Präsidenten in europäischen Belangen regelt, novelliert werden. Anfang Mai 2008 machte *Lech Kaczyński* noch einmal klar, dass er den Vertrag erst dann unterschreiben werde, wenn die Abgeordneten das sogenannte Kompetenzgesetz beschlossen haben.<sup>19</sup>

Diese Haltung der Opposition und des Präsidenten wurde nicht nur von den regierenden Parteien, sondern auch in der überregionalen polnischen Presse bereits im April 2008 übereinstimmend als der politischen Rivalität mit der Regierungspartei PO geschuldete Blockadepolitik gegenüber der Regierung *Tusk* heftig kritisiert. *„Der Präsident wird sagen, dass er vielleicht unterschreibt, vielleicht aber auch nicht, vielleicht morgen, in*

<sup>16</sup> *Europolitique: Joanina wzmacnia Niemcy*. In: <http://www.money.pl/gospodarka/politykartykul/europolitique:joanina>, 9. 10. 2007

<sup>17</sup> <http://www.psz.pl/content/view/9633>, 15. 03. 2008

<sup>18</sup> *Roman Graczyk: Wirtualna obecność – realne obsesje*. In: *Tygodnik Powszechny*, 23. 03. 2008, S. 15

<sup>19</sup> *Polen streitet über EU-Vertrag*. In: *FAZ*, 03. 05. 2008, S. 6

einem Monat, kurz vor Silvester oder überhaupt nicht, denn nichts könne ihn dazu zwingen. Wenn er schließlich unterschreibt, gibt es einen Nationalfeiertag und seine Position wird gefestigt sein.“<sup>20</sup> Die Unterzeichnung des Vertrags liegt aber auch noch Anfang 2009 auf Eis, der Kompetenzstreit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten hält weiterhin an und nimmt gelegentlich geradezu groteske Züge an.<sup>21</sup> Durch ausgiebige Nutzung seines durch die Verfassung festgeschriebenen Veto-Rechts bringt *Lech Kaczyński* regelmäßig zahlreiche Reformvorhaben der Regierung *Tusk* – etwa die dringend anstehende Reform des Gesundheitswesens – zu Fall.<sup>22</sup> Dies hat mittlerweile zur Folge, dass in Polen ernsthaft diskutiert wird, die 1997 geschaffene Verfassung, die ihren Kritikern zufolge auf einer ungeklärten Konkurrenz zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten sowie einem weitgehenden Vetorecht des Präsidenten beruhe, zu reformieren.<sup>23</sup>

### Russland und (gemeinsame) Energiepolitik der EU?

Auf dem EU-Gipfel in Samara wurde der imperiale Machtanspruch Russlands von *Wladimir Putin* durchbuchstabiert. Vor dem Hintergrund des Konflikts mit Estland um den Standort eines sowjetischen Denkmals sowie der Auseinandersetzung mit der innerrussischen Opposition (*Garri Kasparov*), bei der die russische Polizei hart durchgriff, reagierte Putin auf die westliche Kritik ungewöhnlich aggressiv. *Putin* habe gelernt – so die Pressekommentare –, die enormen Rohstoffvorkommen seines Landes als politische Waffe einzusetzen. Er versuche, die EU systematisch zu spalten, Staaten wie Polen, Litauen und Estland setze er unter Druck, Energiekunden wie Deutschland und Ungarn umschmeichle er hingegen. Die Kommentare zu den deutschen Russland-Kritikern und Russland-Verstehern fielen demnach auch unterschiedlich aus. *Jacek Saryusz-Wolski*, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EP, kritisierte, dass Deutschland den Ehrgeiz entwickelt habe, mit Russland eine privilegiere Partnerschaft haben zu wollen als mit anderen Staaten. Der Riss ziehe sich nicht nur durch Europa, sondern auch durch die große Koalition. Anders als *Schröder* wolle *Merkel* von einer Äquidistanz zwischen Moskau und Washington zwar nichts wissen, allerdings setze Außenminister *Steinmeier* die Russland-Politik *Gerhard Schröders* fort: Es werde eine Annäherung durch Verflechtung empfohlen, ein Prozess, der die EU irreversibel mit Russland verbinden soll, gemeinsame Militäreinsätze und Freihandelszone miteingeschlossen.<sup>24</sup>

*Roland Freudenstein* – ehemaliger Leiter der Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau – fordert in diesem Kontext, dass die EU gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen müsse<sup>25</sup> Russland sei aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kein vertrauenswürdiger Partner: seiner Energiepolitik und seiner Außenwirtschaftspolitik

<sup>20</sup> Mariusz Janicki: Podpalaczo-strażacy. In: *Polityka*, 12. 04. 2008, S. 6

<sup>21</sup> Janina Paradowska: Wojna dwóch głów. In: *Polityka*, 25. 10. 2008, S. 12-14; Mariusz Janicki, Wiesław Władyka: Waśnie polskie. Gdzie przebiega front. In: *Polityka*, 20.-27. 12. 2008, S. 28-31; Mariusz Janicki, Wiesław Władyka: Lech Kaczyński Donald Tusk. Dwugłowy orzeł. In: *Polityka*, 03. 01. 2009, S. 16-20

<sup>22</sup> Janina Paradowska: Wszystkie weta prezydenta. In: *Polityka*, 13. 12. 2008, S. 12-14

<sup>23</sup> Konrad Schuler: Von Misstrauen geprägt. Polen debattiert über eine Reform seiner Verfassung. In: *FAZ*, 24. 12. 2008, S. 10

<sup>24</sup> Die neue Eiszeit. In: *Der Spiegel*, 21. 05. 2007, S. 24-26

<sup>25</sup> Roland Freudenstein: Warum die EU gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen muss. In: *Dialog* 77-78 (2007), S. 68-70.

liege eine konsequente Machtstrategie zugrunde. „Beunruhigend für die EU ist die Ungleichbehandlung der Europäer durch Moskau auf dem Feld der Energiepolitik, beunruhigend die Strategie Putins, die EU auf diesem Feld zu spalten und den unbequemen Mitteleuropäern zu demonstrieren, dass man sich, auch mit Hilfe deutscher Unternehmen und Politiker, hervorragend mit den Westeuropäern verständigen könne.“ Das Projekt einer exklusiven deutsch-russischen Ostseepipeline bewertet Freudenstein negativ, da es zu einer Schwächung der energiepolitischen Solidarität der EU geführt habe. Momentan habe die EU keine Zuständigkeiten auf dem Energiemarkt, einzelne Mitgliedstaaten verfolgen ihre jeweils eigene energiepolitische Strategie. Den richtigen Weg weisen hingegen die im Januar 2007 vorgelegten Vorschläge der EU-Kommission zu einer europäischen Energiepolitik: Kritik an den Energiemonopolen und –kartellen als verbraucherfeindlich, Ausbau von Energienetzen mit dem Ziel besserer Ausweichmöglichkeiten bei Engpässen, Bau von neuen Versorgungslinien aus Zentralasien unter Umgehung Russlands (Türkei/Balkan), Betonung von Wettbewerbsfähigkeit und Deregulierung.<sup>26</sup> Allerdings werde deutlich, dass Deutschland und Polen im Hinblick auf die Ostseepipeline und das Verhältnis von EU und Russland weit auseinander liegen.

Diskutiert wird in Polen im Rahmen der Diversifizierung der europäischen Energiezufuhr die Frage nach der Erschließung von Gasvorkommen der südkaspische Raum und im Zusammenhang mit der Erdölversorgung die Erhebung des Ausbaus der Odessa-Brody-Pipeline zu einem europäischen Projekt. Von polnischer Seite wird zudem hervorgehoben, dass die als „3x20 für 2020“ bezeichneten Zielvorgaben der EU für Polen zu ehrgeizig formuliert worden seien. Im Hinblick auf die Kohlevorkommen in Deutschland und Polen seien gemeinsame Investitionen und Projekte im Hinblick auf „clean coal“ möglich, allerdings sei Polen nicht in der Lage, auf Kohle zu verzichten, denn diese sei der wichtigste Bestandteil des polnischen Energiemixes.<sup>27</sup> Einen detaillierten Überblick über die Planung der polnischen Energiepolitik innerhalb der EU bis ins Jahr 2020 – einschließlich der Option des Baus eines Atomkraftwerks – liefert der Chefberater des polnischen Ministerpräsidenten in Sachen Energiesicherheit, *Maciej Woźniak*, in einem ausführlichen Interview mit *Anna Łabuszewska*, in dem er die These lanciert, dass die durch Russland verursachte Erdgaskrise vom Januar 2009 für die zukünftige Energiepolitik der EU einen Schub darstellen könne.<sup>28</sup>

Hinsichtlich eines weiteren wichtigen Streitpunktes, der Nachbarschaftspolitik EU-Russland – so *Freudenstein* – sei noch kein Konzept entwickelt worden, das Russland einbindet, ohne ihm einen exklusiven Platz einzuräumen. Nach dem polnischen Veto vom Dezember 2006 sei ein neues Kooperationsabkommen mit Russland zwar wünschenswert, aber – so *Freudenstein* – nicht um jeden Preis.

<sup>26</sup> Das integrierte Energie- und Klimapaket, das die Europäische Kommission am 10. Januar 2007 vorstellte, enthält bis 2020 folgende Zielvorgaben: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent. Senkung des Energieverbrauchs um 20 Prozent sowie die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien um 20 Prozent.

<sup>27</sup> Polska i europejska polityka energetyczna. Warszawa, 26. 02. 2007. In: [http://www.feswar.org.pl/aktual/energia\\_26-02-2007.php](http://www.feswar.org.pl/aktual/energia_26-02-2007.php)

<sup>28</sup> Anna Łabuszewska: Gazowy oddech Putina. Szczęście w nieszczęściu. In: Tygodnik Powszechny, 18. 01. 2009, S. 10-11

Auch müsse aktiv mit den östlichen Nachbarn der EU – also mit Belarus und der Ukraine – Politik betrieben werden und ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine sollte nicht ausgeschlossen bleiben. Überdies sollte sich die in Deutschland starke Russland-Lobby die Frage stellen, für welchen Preis sie bereit ist, weitgehende Zugeständnisse an *Putins* Russland zu machen: Sollte dieser Preis ein Zulassen russischer Bestrebungen zur Spaltung der EU in Zonen unterschiedlicher Energiesicherheit sein, so sei er zu hoch.<sup>29</sup>

#### Gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland

*Polen und Deutschland sollten gemeinsam die EU-Politik gegenüber Russland gestalten.*

Dies ist das Ergebnis einer Konferenz, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unter dem Titel „Europa und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. Polnische und deutsche Perspektiven“ Anfang April 2008 in Berlin durchgeführt wurde.

*Cornelius Ochmann* von der Bertelsmann Stiftung in Berlin schlug in diesem Kontext vor, dass Deutschland und Polen noch im Jahre 2008 eine Konzeption hinsichtlich der Form der Ostpolitik der EU erarbeiten sollten. Dies wäre eine Antwort auf die Mittelmeerinitiative Frankreichs und könnte für ein gewisses Gleichgewicht in der EU sorgen. Der stellv. Staatssekretär für Außen- und Sicherheitspolitik beim Kanzleramt *Rolf Nikel* betonte, dass es ohne einen grundsätzlichen Beitrag Polens und Deutschlands keine EU-Politik gegenüber Russland geben könne. Russland sei für die EU ein schwieriger strategischer Partner, allerdings seien auf lange Sicht innere Veränderungen in Russland, das sich vom Liberalismus und den Menschenrechten entferne, aber nicht zum Totalitarismus zurückkehre, anzustreben. Die EU brauche sich vor Russland nicht zu fürchten, denn in globalen Angelegenheiten versuche *Putin* „eine schwache Karte auf starke Weise zu spielen“, was ihm in der Kosovo-Frage offenkundig nicht gelungen sei. *Nikel* befürwortet die Einbeziehung Russlands in die europäische Zusammenarbeit, macht dies aber von der Forderung abhängig, dass es sich an demokratische Werte zu halten habe. Wichtig erscheint ihm auch eine Diversifizierung der Energiequellen und ihrer Lieferwege (Ostsee-Pipeline). Das Problem der Abhängigkeit der EU von den russischen Energielieferungen brauche nicht übertrieben zu werden, denn immerhin handele es sich um eine gegenseitige Abhängigkeit; Europa importiere 80 Prozent der russischen Rohstoffe.

Der ehemalige polnische Botschafter in Berlin, *Janusz Reiter*, hob auf eben dieser Konferenz hingegen hervor, dass Russland für die EU eine gemeinsame Herausforderung darstelle. Was die Verständigung Deutschlands und Polens im Hinblick auf eine gemeinsame Ostpolitik behindere, seien die unterschiedlichen historischen Erfahrungen, eine unterschiedliche und aus der geografischen Lage resultierende Einschätzung hinsichtlich der Konsequenzen, die sich aus der russischen Politik ergeben sowie der unterschiedliche Status Polens und Deutschland auf internationaler Ebene. Deutschland und Polen sollten ihre Interessen im Hinblick auf die

<sup>29</sup> Freudenstein, S. 70

Ostpolitik der EU miteinander abstimmen und sich gegenseitig informieren, um gegenseitige Überraschungen auszuschließen.

Von deutscher Seite wurde schließlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es auch im Zusammenhang mit dem anstehenden Besuch *Frank-Walter Steinmeiers* in Warschau gelingen werde, das polnische Trauma, dass Deutschland und Russland sich auf Kosten Polens verständigen könnten, aus der Welt zu schaffen.<sup>30</sup>

### **Eindämmung oder Einbindung Russlands?**

Eine dauerhafte strategische Partnerschaft der EU mit Russland ist nur dann möglich, wenn sie die Umsetzung gemeinsamer europäischer Grundwerte anstrebt, auf Vertrauen basiert und den offenen, kontroversen Dialog nicht scheut. Grob betrachtet – so die Analyse von *Heinz Timmermann* – zeichnen sich zwei Strategien ab: Eindämmung und Einbindung. Die Strategie der Eindämmung wird am deutlichsten von Polen und den baltischen Staaten betrieben. Voraussetzung für eine Kooperation sei die Übernahme demokratischer Prinzipien und die Beendigung geopolitischer Ambitionen, besonders im sog. „Zwischeneuropa“. Auch *Donald Tusk* spreche sich nicht für eine „strategische Partnerschaft“, sondern eher für eine „harmonische Koexistenz“ aus.

Die Russlandstrategie der Bundeskanzlerin Angela Merkel weise grundsätzlich keine großen Unterschiede zu der ihres Vorgängers Schröder auf. Allerdings distanzieren sich Merkel und Steinmeier von der Charakteristik *Putins* als „lupenreinem Demokraten“. Die Beziehungen zu Russland sollen nach dem Willen der EU-Altmitglieder – so *Timmermann* – nicht durch eine überzogene Konditionalität belastet werden. Das Verhältnis zu Russland soll durch Pragmatismus, neuen Realismus und Respekt für dessen schwierigen Transformationsprozess geprägt sein. Die EU setze somit auf die sozialisierende Wirkung kleiner Verflechtungen und Harmonisierungsschritte, wobei gemeinsame Werte nicht als Voraussetzung für die strategische Nachbarschaft gelten, sondern ähnlich wie Korb 3 der KSZE als Referenz für den Dialog. In dem neuen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag werden die Partner auf gleichberechtigter Grundlage ihre Unabhängigkeit wahren. Für die EU sei Russland nicht mehr transformationsgeprägter Partner, der in seinen Beziehungen zur EU verschiedenen Formen der Konditionalität unterliegt und Asymmetrien zu akzeptieren hat.<sup>31</sup>

Diese Interpretation der Russlandpolitik der EU und auch Deutschlands entspricht in etwa den Kernthesen des Anfang 2008 von *Alexander Rahr* veröffentlichten Buchs „Russland gibt Gas“, in dem der Autor davon ausgeht, dass Europa nicht in der Lage sei, ohne die wiedererstandene Weltmacht Russland seine Energie- und Sicherheitsprobleme zu lösen. Und da der Westen keinen Einfluss auf die Entwicklung in Russland habe, müsse er das Land so nehmen wie es ist. *Rahr* macht im Hinblick auf Ostmitteleuropa den folgenden weitreichenden Vorschlag: „Vielleicht könnte sich die künftige Ostpolitik das Ziel setzen, nicht mitteleuropäische Staaten in Schutz zu nehmen. Vielmehr gilt es Wege zu finden, Russland nicht aus Europa herauszudrängen. Wenn schon keine strategische Partnerschaft zustande gekommen ist, sollte der Westen wenigstens ein

<sup>30</sup> <http://wiadomosci.onet.pl/1728342,12,1,1, 11. 04. 2008>

<sup>31</sup> Donald Tusk: Unser Nachbar Russland, In: FAZ, 18. 02. 2008; Heinz Timmermann: EU-Russland: Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung. In: Integration 2/2008, S. 158-178, S. 174-176



anderes Ziel verfolgen: die friedliche Koexistenz mit Russland auf dem europäischen Kontinent. Darauf zu warten, bis der Ölpreis in den Keller sinkt und Russland wieder schwach wird, kann keine ernsthafte Strategie sein.<sup>32</sup> Hierbei scheint *Rahr* allerdings außer Acht zu lassen, dass die ostmitteleuropäischen Staaten als Mitglieder der EU und der NATO mittlerweile selbst Teil des Westens sind und hinsichtlich einer europäischen Ostpolitik gegenüber Russland zumindest ein Mitspracherecht haben sollten. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Dynamik Russlands, die in erster Linie auf seinen Erdgasexporten und den explodierenden Rohölpreisen gründete, ist es seit der Georgien Krise im August 2008 sowie der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem erheblichen Einbruch gekommen. Russland hat aufgrund der erheblich gefallen Energiepreise für Rohöl, spätestens seit der Erdölpreis pro Barrel zunächst auf 70 und dann auf 50 Dollar absackte, mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen.<sup>33</sup>

Aber schon davor führten die imperialen und diktatorischen Ambitionen *Putins* (Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007; mehr oder minder offene Drohungen Moskaus, seine Rohstoffreserven als politische Waffen einzusetzen) zu einer Neudefinition der deutschen Doktrin gegenüber Russland, da man den optimistischen Glauben aufgeben musste, einen Einfluss auf die Europäisierung Russlands haben zu können. Die Formel vom „Wandel durch Verflechtung“ wurde im Juni 2008 durch die weniger anspruchsvolle Idee einer Modernisierungs-Partnerschaft, also einer engen Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung, ersetzt. Damit sollte der Sprung Russlands in die postindustrielle Gesellschaft gefördert werden. Allerdings betont die namhafte russische Politologin, *Lilija Ševcova*, mit Recht, dass eine solche Modernisierung nicht primär die Übernahme westlicher Technologien erfordere, sondern vor allem ein Gesellschaftsmodell, das auf den Prinzipien Wettbewerb, Pluralismus sowie der Trennung von Staat und Wirtschaft beruhe.<sup>34</sup>

Der blutige Georgien-Konflikt im August 2008, bei dem Russland als provozierender und provozierter Akteur auftrat, der in jedem Falle eine NATO-Osterweiterung verhindern wollte, wobei sich die Warnung aus dem Georgien-Konflikt in erster Linie an die Ukraine richtete, verstärkte diese Tendenz erheblich.<sup>35</sup> Dies hatte auch zur Konsequenz, dass der im Oktober 2008 durchgeführte Petersburger Dialog eher mager ausfiel.<sup>36</sup>

### Polnisch inspirierte Eastern Partnership

Sowohl Paris als auch Berlin realisierten schon seit längerer Zeit den auch von *Donald Tusk* vertretenen pragmatischen Ansatz, Beziehungen mit einem Russland – sowie es ist, und nicht wie es aus der idealtypischen Sicht westlicher Demokratien sein sollte - zu unterhalten. Zwar könne man die Augen vor Menschenrechtsverletzungen nicht

<sup>32</sup> Alexander Rahr: *Russland gibt Gas. Die Rückkehr einer Weltmacht*. München 2008, S. 226; Michail Logvinov: Buchbesprechung zu „Russland gibt Gas. Aufstieg vom Partner zum Nulltarif zur Weltmacht. In: <http://de.rian.ru/analysis/20080328/>

<sup>33</sup> Joachim O. Weidemann: Bärenjagd im Kreml. Finanzkrise in Russland. In: *osteuropa* 12 (2008), S. 41-49, S. 42-43

<sup>34</sup> Lilija Ševcova: Ende einer Epoche. In: *Osteuropa*, 11 (2008), S. 65-69, S. 67

<sup>35</sup> Ševcova, S. 67; Aschot Manutscharjan: Abchasien und Südossetien – Russlands Intervention in Georgien (August 2008). In: *KAS. Auslandsinformationen*, 10 (2008), S. 59-83

<sup>36</sup> Adam Krzemiński: Pociąg do Moskwy. In: *Polityka*, 22. 11. 2008, S. 44-46



verschließen, andererseits sei Russland ein wichtiger strategischer Wirtschaftspartner. Russland, das sich bereits von der NATO eingekreist fühle, dürfe in der EU – so der angesehene französische Politologe *Jacques Rupnik* – kein Instrument zur Ausdehnung der westlichen Machtsphäre erblicken. Hier vertritt Warschau – trotz einer Versachlichung seiner Beziehungen zu Moskau – allerdings eine andere Auffassung, denn Polen unterstützt den Plan einer Erweiterung der NATO nach Osten und in den Raum des Schwarzen Meeres nachhaltig. Und hier wird es in absehbarer Zeit – so *Marek Ostrowski*, der politische Kommentator der angesehenen Wochenschrift „*Polityka*“ im April 2008, – nur schwerlich eine Annäherung zwischen Berlin und Paris auf der einen und Warschau auf der anderen Seite geben.<sup>37</sup>

Die Politologin *Lena Kolarska-Bobińska* konstatierte im Mai 2008 hingegen, dass die Beziehungen zwischen den beiden führenden Staaten der EU – Deutschland und Frankreich – nicht besonders gut seien. Dagegen komme den kleineren EU-Staaten allmählich eine größere Bedeutung zu, was auch ganz explizit für Polen gelte. Man habe auf polnischer Seite mittlerweile gelernt, Verbündete innerhalb der EU zu suchen und zu gewinnen. Gegenüber dem französischen Vorschlag einer Mittelmeer-Union sei man skeptisch geblieben und betreibe selbst eine Stärkung der östlichen Dimension der EU. Ende Juni 2008 werde Ministerpräsident *Tusk* – von Schweden unterstützt – der EU eine Ostpartnerschaft (Eastern Partnership) vorschlagen: als eine vertiefte wirtschaftliche, ökologische und soziale Kooperation mit der Ukraine, Moldawien, Aserbeidschan, Armenien und Georgien.<sup>38</sup>

*Paweł Zalewski*, Abgeordneter im polnischen Sejm und ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik, stellte anlässlich der im Juni 2008 von der Heinrich Böll Stiftung in Warschau organisierten Konferenz „Polen - Deutschland – Russlands. Eine neue Öffnung“ fest, dass es im Hinblick auf Russland enorme Unterschiede zwischen Deutschland und Polen gebe. Deutschland sei an einer strategischen Wirtschaftskooperation mit Russland interessiert und bemühe sich um eine privilegierte Partnerschaft. Damit solidarisiere sich Deutschland weder mit Polen noch mit der EU, vielmehr entwickle sich Deutschlands Partnerschaft mit Russland auf Kosten anderer Mitgliedstaaten. Deutschland strebe einerseits die Führung in der EU an, unterlaufe aber aufgrund seiner strategischen Partnerschaft mit Russland die europäische Solidarität.

Um in energiepolitischer Hinsicht von Russland nicht erpressbar zu sein, müsse Polen eine Änderung dieser Konstellation anstreben. Deutschland könnte Polen dabei unterstützen, indem es von dem durch die Ostsee führenden deutsch-russischen Pipelineprojekt abrücke. In diesem Kontext verwies *Zalewski* auch auf die oben erwähnte polnisch-schwedische Initiative einer alternativen EU-Ostpolitik. In seiner Entgegnung hob der europapolitische Sprecher der Parlamentsfraktion von *Bündnis 90/Die Grünen*, *Rainer Steenblock*, hervor, dass Russland auf dem gesamten Gebiet der GUS eine bedeutende Rolle spiele, und dass es ohne gute Kontakte zu Russland keine harmonischen Beziehungen zu den Ländern der GUS geben könne.

<sup>37</sup> Marek Ostrowski: Król na koturnach. In: *Polityka*, 26. 04. 2008, S.46-49, S. 49

<sup>38</sup> Lena Kolarska-Bobińska: Wizyta Sarkozy`ego w Polsce ważna dla Europy. Czego Polacy spodziewają się po wizycie prezydenta Sarkozy`ego. In: <http://www.isp.org.pl/index.php>, 29. 05. 2008

Hieran müsse aber sowohl Polen als auch Deutschland liegen. Gleichzeitig kritisierte er die Haltung *Gerhard Schröders* und schlug vor, die Monopolstellung von Gazprom durch eine Diversifizierung der Versorgungsnetze zu brechen. Russland sei daran interessiert, bilaterale Verträge zu schließen und die EU zu spalten. Dies sei deshalb möglich, weil einzelne EU-Staaten mit der Energiepolitik der EU unzufrieden seien und ihre eigenen nationalen Interessen vertreten.<sup>39</sup>

Gegen einen deutsch-russischen Sonderweg sprach sich nach dem Georgien-Konflikt sehr dezidiert der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im deutschen Bundestag, *Eckhart von Klaeden*, in seinem im September 2008 erschienenen Essay „Kein Sonderzug nach Moskau“ aus.<sup>40</sup> Darin greift der Autor nicht nur den *Putin*-Freund *Schröder* an, sondern übt ebenfalls an den Vorstellungen *Frank-Walter Steinmeiers* und *Horst Teltschiks*, die sich der Illusion einer deutsch-russischen Partnerschaft mit einer irreversiblen „Annäherung durch Verflechtung“ hingegeben hätten, Kritik. Der Einmarsch Russlands in Georgien habe die von *Schröder*, *Merkel* und *Steinmeier* betriebene Russland-Politik scheitern lassen. Energiepolitisch sei zu bedenken, dass ohne ein souveränes Georgien eine Diversifizierungsstrategie mit dem Ziel, die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu reduzieren, de facto unmöglich sei. Russland müsse verstehen lernen, dass eine strategische Partnerschaft nur mit der gesamten EU – und nicht mit einzelnen EU-Staaten möglich sei. *Von Klaeden* spricht sich für eine von der EU getragene Partnerschaft mit Russland aus, und schlägt in diesem Kontext vor, einen Ausschuss des Europäischen Rates für die Russlandpolitik zu bilden, der aus Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien, Italien sowie einem Vertreter der EU-Kommission bestehen sollte. Russlandpolitik müsse Europapolitik sein.<sup>41</sup>

In der Tat brachte der EU-Sondergipfel zum Kaukasus-Konflikt eine Verurteilung Russlands im Hinblick auf die einseitige Anerkennung der abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien. Gefordert wurde auch der Abzug russischer Truppen aus Georgien als Voraussetzung für einen neuen Partnerschaftsvertrag zwischen der EU und Russland. Georgien wurde substanzielle finanzielle und materielle Hilfe sowie Unterstützung zum Wiederaufbau des Landes zugesagt. Die EU-Kommission wurde aufgefordert bis Dezember 2008 Vorschläge zu machen, wie die EU im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ die Beziehungen zu Georgien, Armenien, Moldawien, Aserbeidschan und der Ukraine vertieft werden können. Überdies wolle man sich bei der Energieversorgung von Russland weniger abhängig machen. Für die östliche Partnerschaft schlug die EU-Kommission tatsächlich sechs sog. Leuchtturmprojekte vor, die zukünftig in Kooperation mit der Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidshan, Weißrussland und Moldawien entwickelt werden sollen. Gleichzeitig betonte die Außenkommissarin *Ferrero-Waldner*, dass die östliche Partnerschaft keine Vorstufe für eine neue Partnerschaft sei.<sup>42</sup> Auf dem Sondergipfel zeigte die EU weitgehende Einigkeit, zuvor hatte besonders die Frage etwaiger Sanktionen gegen Russland (Polen,

<sup>39</sup> Heinrich Böll Stiftung: Polska – Niemcy – Rosja. Nowe otwarcie?.

In: [www.boell.pl/download\\_pl/relacja\\_debata\\_ENP\\_10\\_06.pdf](http://www.boell.pl/download_pl/relacja_debata_ENP_10_06.pdf)

<sup>40</sup> Eckart von Klaeden: Kein Sonderzug nach Moskau. Deutsche Russlandpolitik muss europäisch sein. 2008

<sup>41</sup> ibd., S. 100

<sup>42</sup> <http://www.focus.de/politik/ausland/ost-union, 03. 12. 2008>

baltische Staaten) die Gemeinschaft gespalten.<sup>43</sup> Der Streit zwischen Russland und der Ukraine um die allfälligen Erdgaslieferungen, der im Januar 2009 eskalierte und dafür sorgte, dass einige EU-Mitgliedsländer faktisch von der Ergasversorgung abgeschnitten wurden, verdeutlichte die energiepolitische Schwäche und Erpressbarkeit der EU allerdings zum wiederholten Mal. Die deutsche und die polnische Position im Hinblick auf diese Fragestellung spiegelt sich in den Aussagen von *Günter Gloser*, dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, sowie *Andrzej Kremer*, dem für die Ostpolitik zuständigen Vize-Außenminister der Republik Polen, wider.<sup>44</sup>

### **Polnische und deutsche Interessen in Europa und gegenüber Russland**

Die polnischen Interessen in der EU konzentrieren sich im bilateralen Verhältnis zu Brüssel auf die Betonung der eigenen nationalen Souveränität. Alle politischen Parteien Polens sind sich darin einig, dass Solidarität und Gleichberechtigung die Grundprinzipien der EU darstellen sollten. Einer EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, einem Europa der konzentrischen Kreise (Kerneuropa) oder einem dominanten Triumvirat aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird eine klare Absage erteilt. Differenzen gibt es im Verhältnis zu Deutschland: Einerseits das pragmatische liberal und proeuropäisch orientierte Lager, andererseits die nationalkonservative und populistische Rechte, besonders in der Regierungszeit der Kaczyńskis, die durchgängig versucht(e), den nationalen Einfluss Deutschlands auf europäische Entscheidungsprozesse zu verringern.

Hinsichtlich der externen Ausrichtung der EU sind die innerpolnischen Haltungen konsensfähig. Es dominiert weiterhin eine atlantische Ausrichtung. Das Verhältnis zu den USA ist realistischer geworden, ändert aber an der grundsätzlich atlantischen Orientierung Polens nichts. Auch werden die außenpolitischen Konfliktpotentiale nicht mehr in diesem Maße zu innenpolitischer Mobilisierung genutzt. Gegenüber den USA herrscht jedoch keine Nibelungentreue mehr vor, was an der veränderten Irak- und Raketenpolitik deutlich wird. Der Irak-Einsatz Polens wurde im Oktober 2008 beendet, die Raketenstationierung in Polen wurde bereits im August 2008 von konkreten amerikanischen Zusagen zur Modernisierung der polnischen Luftverteidigung abhängig gemacht.

Gefordert wird von der EU eine energiepolitische Solidarität gegenüber Russland. Angesichts des im Januar 2009 aktuellen Konflikts um russische Gaslieferungen in die Ukraine und in die EU, bleibt das Thema weiterhin aktuell und harrt einer gesamteuropäischen Abstimmung.

Dem EU-Beitritt einer sich wie auch immer demokratisierenden und stabilisierenden Ukraine – man denke an die massive Unterstützung der „oranzen Revolution“ durch die polnische Regierung –, sowie einem EU-Beitritt der Türkei steht man in Polen offen gegenüber, skeptisch bleibt man hingegen gegenüber der strategischen Partnerschaft mit Russland, da man in Moskau nicht nur in energiepolitischer Hinsicht weiterhin eine Bedrohung erblickt. Hierfür stand auch die Haltung und Kritik Polens an der

<sup>43</sup> <http://www.eu-info.de/deutsche-europapolitik/deutsche-positionen-eu-politik/georgien>

<sup>44</sup> Günter Gloser: Konturen einer neuen EU-Ostpolitik. In: Dialog, 85-86 (2008-2009), S. 82-84; Andrzej Kremer: Wozu brauchen wir eine neue Östliche Partnerschaft. In: Dialog, 85-86 (2008-2009), S. 86-88

nachgiebigen und an Wirtschaftsinteressen ausgerichteten Position der EU hinsichtlich des russischen-georgischen Konflikts im August 2008. Hoffnungen verbindet man mit dem gemeinsam mit Schweden vorgeschlagenen Konzept einer „östlichen Partnerschaft“, das unter anderen die Ukraine und Moldawien näher an die EU heranführen soll. Hier hat sich die EU-Kommission – wie oben ausgeführt – bewegt.<sup>45</sup>

Im Hinblick auf die historischen Grundlagen und Werte der EU geht man in Polen davon aus, dass die historische Leistung der „Solidarność“ bei der Überwindung des Kommunismus eine stärkere Anerkennung finden sollte; gefordert wird vor dem Hintergrund immer wieder aufbrechender deutsch-polnischer historischer Dispute auch eine europäische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur, die die Ursachen von Flucht und Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg klar benennt.<sup>46</sup>

Die Europapolitik ist ein tragender Pfeiler der deutschen Außenpolitik, da man ohne sie die eigene politische und wirtschaftliche Machtstellung verlöre. Aus der zentralen Rolle und der Nettozahlerposition Deutschlands resultieren aber gleichzeitig auch die hohen Erwartungen des Auslands. Die EU-Politik Deutschlands entwickelt sich auch deshalb deutlich in Richtung pragmatischer Durchsetzung nationaler Interessen, Interessenkonflikte mit der EU und anderen Mitgliedsstaaten werden entschiedener ausgefochten als das früher der Fall war. Die 2009 aktuelle globale Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt diese Haltung, sicherlich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen EU-Staaten.

Nach dem Scheitern des europäischen Verfassungsentwurfs (2005) wurde gerade von deutscher Seite eine neue vertragliche Regelung für die EU angestrebt. Ziele waren die Stärkung der demokratischen Teilhabe, effizientere, transparente Strukturen, aber auch der Ausbau des eigenen Einflusses in europäischen Institutionen. Bisher konnte der Vertrag von Lissabon allerdings nicht durchgesetzt werden, was nicht nur an der inhaltenden Politik des polnischen Präsidenten lag, sondern auch an der Skepsis und Ablehnung einiger anderer EU-Staaten.

Der von Deutschland exponierte Klimaschutz wird zwischen Deutschland und Polen zwar nicht kontrovers diskutiert, allerdings gibt es im Hinblick auf die Lastenverteilung beim jeweiligen Anteil erneuerbarer Energien und bei der Begrenzung des Schadstoffausstoßes unterschiedliche Auffassungen.

Im Hinblick auf die europäische Nachbarschaftspolitik wurde von deutscher Seite einerseits auf die demokratischen Revolutionen in der Ukraine und in Georgien reagiert, andererseits wurde der Skepsis gegenüber einer weiteren Osterweiterung (Ukraine!) Ausdruck gegeben. Die Initiative zur neuen Ostpolitik war aber auch durch interne Differenzen der Großen Koalition über den grundsätzlichen Umgang mit Russland geprägt. Das von *Frank-Walter Steinmeier* entwickelte „Konzept der Annäherung durch

<sup>45</sup> Maria Elisabeth Rotter, Roland Freudenstein: Zurück in die Zukunft? Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Polen. In: Dialog 82 (2008), S. 9-12; cjp/Reuters/AP/AFP: Polens Präsident kritisiert Deutschland und Frankreich scharf. In: <http://spiegel.de/politik/ausland/> 16. 08. 2008; Jan Piekło: Russia Today: Neo-Imperialism and Crisis – The Polish Perspective. In: Analyses & Opinions, 7/92, March 2009

<sup>46</sup> Irena Lipowicz: Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ – Eine Sackgasse. In: Anna Hofmann, Basil Kerski (Hg.): Deutsche und Polen. Erinnerung im Dialog. Osnabrück 2007, S. 103-114, S. 113

Verflechtung“ wurde ab Mitte 2008 zunächst relativiert und dann zugunsten der oben beschriebenen Modernisierungspartnerschaft ad acta gelegt.

Zur Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen hat sicherlich beigetragen, dass Deutschland die schwedisch-polnische Initiative der „östlichen Partnerschaft“, die Staaten wie die Ukraine oder Moldawien auch ohne klare Beitrittszusage enger an die EU binden soll, im Dezember 2008 nachdrücklich unterstützt hat.<sup>47</sup>

Differenzen in der Großen Koalition gibt es beim Thema Geschichtspolitik und Zentrum gegen Vertreibungen. Eine prominente Option lautet, Geschichtspolitik zu betreiben, sie aber aus den deutsch-polnischen Beziehungen herauszuhalten.<sup>48</sup> Der im März 2009 ausgebrochene deutsch-polnische sowie innerdeutsche Streit über die Position *Erika Seibachs* hat aber verdeutlicht, wie schwierig es ist, dieses Vorhaben umzusetzen.

Resümierend lässt sich feststellen, dass Unterschiede in der außenpolitischen Orientierung beider Staaten weiterhin vorhanden, aber durchaus nicht unüberwindbar sind. Die neue Bereitschaft zu einem vertieften Dialog und damit auch zu mehr gegenseitiger Empathie lässt hoffen. Gleichzeitig kann man aus den hier ausführlich diskutierten Aussagen, Meinungen und Konzeptionen deutscher und polnischer Fachleute sowie politischer Akteure klar ableiten, dass die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen viel stärker in die gesamteuropäische Außenpolitik der EU eingebunden werden müssen. Die EU wird angesichts der globalen Wirtschaftskrise und in ihrem Verhältnis zu den USA und zu Russland in Zukunft in einem noch viel stärkeren Maße mit einer Stimme sprechen müssen.

<sup>47</sup> Andreas Rinke: Polen geht auf Berlin zu. In: [http://www.handelsblatt.com/politik/\\_b=2105800](http://www.handelsblatt.com/politik/_b=2105800), 08. 12. 2008

<sup>48</sup> Markus Meckel: Erinnerung und Aufarbeitung von Geschichte als europäische Aufgabe. In: Anna Hofmann, Basil Kerski (Hg.), op. cit., S. 25-40